

---

# Bericht

---

## „Mehr Engagement würden wir uns schon wünschen!“

### Arbeitslose und Gewerkschaften

Glaut man den konservativen Zeitdiagnostikern und liberalen Wirtschaftsjournalisten, so scheint für sie unumstößlich festzustehen, daß *die* Arbeitslosen den Gewerkschaften massenhaft den Rücken kehren. Wenn der DGB, wie jüngst im Rahmen seiner Kampagne gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, immer wieder die soziale Not Arbeitsloser zur Begründung seiner Opposition gegen die Sozialpolitik der Regierungsparteien anführt, würde damit - so tönt es einstimmig aus der konservativen Ecke - nur politisch durchsichtiger Schaum geschlagen. In Wirklichkeit gäbe es zwischen den Gewerkschaften und der großen Masse der Arbeitslosen überhaupt keine Kontakte und die Arbeitslosen selbst würden sich vom DGB im Stich gelassen fühlen.

Auch im schillernden Spektrum der Grünen und deren Umfeld gibt es nicht wenige Stimmen, die, wie etwa Peter Grottian auf einem „Arbeitslosenhearing“ dieser Partei „das viel beschworene Band zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen (als) längst zerrissen ansehen“.<sup>1</sup>

Auf der Suche nach empirischen Belegen zur Unterstützung der These einer aktuellen Distanz Arbeitsloser zu den Gewerkschaften muß festgestellt werden, daß keine detaillierte Untersuchung existiert, die sich hierzu zitieren ließe. Eine neuere Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit kommt nur beiläufig zu dem Ergebnis, daß lediglich 13 Prozent der Arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder sind.<sup>2</sup>

Wenn in der Öffentlichkeit von dem schlechten Image der Gewerkschaften bei Arbeitslosen gesprochen wird, handelt es sich also in erster Linie um unzulässig verallgemeinerte Einzelaussagen von Arbeitslosen oder einzelner Initiativen von Arbeitslosen.

Ebenso unzulässig sind umgekehrt Verallgemeinerungen, die die Beziehungen von Arbeitslosen zu den Gewerkschaften als problemlos und fast ausschließlich positiv bewerten. Offenkundig ist, daß insgesamt in den Gewerkschaften eine gewisse Hilflosigkeit im Umgang mit Arbeitslosen vorherrscht: Bei Arbeitslosen entfallen die traditionellen Kontakte über die betrieblichen Vertrauensleute (und Betriebsräte) der Gewerkschaften; der Informationsfluß ist meist durch den Verlust des Arbeitsplatzes versiegt. Die Organisationsversuche von Arbeitslosen in „Arbeitsloseninitiativen“ sind aus gewerkschaftlicher Sicht oft schwer einzuschätzen. Bedingt durch kurzzeitig aufgenommene Beschäftigung, Teilnahme an Maßnahmen des Arbeitsamtes oder persönli-

---

1 Zit. nach „express“ 11/1985, S. 12. Dort werden auch Peter Grottians Überlegungen zu einer Strategie der „Regelverletzungen“ durch Arbeitslose skizziert (und kritisiert).

2 Christian Brinkmann: Die individuellen Folgen langfristiger Arbeitslosigkeit. Ergebnisse einer repräsentativen Längsschnittuntersuchung, in: Mitt AB 4/1984, S. 454 - 473, hier S. 467. - Allgemein auf das Engagement langfristiger Arbeitsloser in Vereinen, Parteien und Gewerkschaften bezogen, kommt diese Studie zu der Schlußfolgerung, „daß sich bei Langfristigen im Durchschnitt Mitgliedschaft und Intensität der Beteiligung in solchen Vereinigungen im Verlauf der Arbeitslosigkeit (...) kaum verändert hat. Nach 1 Vi Jahren sind Langfristige noch etwas weniger in solchen Organisationen integriert als zu Beginn der Arbeitslosigkeit, was vor allem auf einen leichten Rückgang der Mitgliedschaft in Gewerkschaften zurückzuführen ist. Andererseits nehmen Langfristige etwas häufiger als früher an Veranstaltungen teil“ (a. a. O., S. 467 f). In Einzelfällen sei ferner ein besonderes Engagement gerade während der Arbeitslosigkeit feststellbar (vgl. ebd.).

che Resignation sind diese Initiativen einer ständigen Rotation unterworfen<sup>3</sup>, die es den Gewerkschaften sehr erschwert, verbindliche Formen der Zusammenarbeit mit ihnen aufzubauen.

Anhand von Interviews mit überwiegend langfristig Arbeitslosen und einer mehrjährigen Kenntnis lokaler Arbeitsloseninitiativen sollen im folgenden einige Schlaglichter auf das Verhältnis von Arbeitslosen zu Gewerkschaften geworfen werden, die wichtig für eine Einschätzung des Handlungspotentials politisch aktiver Arbeitsloser durch die Gewerkschaften sind. Die präsentierten Ergebnisse aus 47 Interviews mit Arbeitslosen, die mehr oder wenig aktiv im Arbeitslosenzentrum Hannover tätig sind/waren, erheben nicht den Anspruch auf Repräsentativität<sup>4</sup>; sie können aber Trends und Stimmungen besonders unter diesen langfristig Arbeitslosen verdeutlichen.

#### Gewerkschaftsmitgliedschaft

27,7 Prozent der Interviewten waren zum Zeitpunkt der Befragung Gewerkschaftsmitglieder; 68,1 Prozent verneinten eine entsprechende Frage und 4,3 Prozent wollten keine Angaben machen. Von den Nicht-Mitgliedern waren 27,5 Prozent während der Arbeitslosigkeit ausgetreten. Von den Gewerkschaftsmitgliedern waren 15,4 Prozent erst als Arbeitslose eingetreten. Addiert man diejenigen, die angaben, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein, mit denen, die früher Mitglieder waren, so kommt man zu dem Ergebnis, daß immerhin mehr als die Hälfte (53,2 Prozent) der Interviewten gewerkschaftliche Bindungen in dieser Form haben oder zumindest hatten. Markant ist auch, daß 14,9 Prozent betriebliche Interessenvertreter und/oder gewerkschaftliche Funktionsträger waren. Dies bedeutet, daß die Mehrheit der Interviewten, die als politisch aktive Arbeitslose gelten können, da sie in unterschiedlicher Weise an der Arbeit eines Arbeitslosenzentrums beteiligt waren, über nähere Erfahrungen mit Gewerkschaften verfügen und ein nicht geringer Teil als Beschäftigte auch in ihnen aktiv war.

#### Meinungen zu den Gewerkschaften

Auf die Frage, ob Gewerkschaften Interessen der Arbeitslosen vertreten, antworteten:

ja, ohne Einschränkungen	6,4 Prozent
zu wenig, halte sie aber dennoch für notwendig	25,5 Prozent
zu wenig, bin deshalb nicht mit ihnen zufrieden	17,0 Prozent
gar nicht	23,4 Prozent
27,7 Prozent wollten sich zu dieser Frage nicht äußern.	

Das heißt, 93,6 Prozent meinten, die Gewerkschaften würden zu wenig für Arbeitslose unternehmen. Aber ca. ein Drittel war ausdrücklich dennoch von der Notwendigkeit der Gewerkschaften überzeugt. Zur Haltung gegenüber den Gewerkschaften einige illustrierende Zitate aus den Interviews:

„Die Gewerkschaften haben so ziemlich die Zeit verschlafen. Wer war denn der Vorreiter in dem ganzen Kram? Das waren doch die Kirchen. Dann sind die Parteien so'n biß-

<sup>3</sup> Vgl. Hubert Heinelt/Carl-Wilhelm Macke: Arbeitsloseninitiativen und Arbeitslosenzentren. Neue Organisationsformen als Antwort auf alte soziale Fragen?, in: WSI-Mitteilungen 10/1984, S. 612, zit. Heinelt/Macke, Arbeitsloseninitiativen und Arbeitslosenzentren.

<sup>4</sup> Vgl. zu den Ergebnissen dieser Interviews im einzelnen Forschungsprojekt „Arbeitslosigkeit in Hannover“: Die Arbeitslosen im Arbeitslosenzentrum Hannover (ALZ). Darstellung der Ergebnisse aus 50 standardisierten Interviews mit „Dauerbenutzern“ (Diskussionspapiere und Materialien aus dem Forschungsschwerpunkt Sozialpolitik 8), Hannover 1984; Hubert Heinelt/Carl-Wilhelm Macke: Verwaltet, betreut und ausgegrenzt. Erfahrungen von langfristig Arbeitslosen im Umgang mit dem Sozialstaat. Auswertung von Intensivinterviews mit Arbeitslosen (Diskussionspapiere und Materialien aus dem Forschungsschwerpunkt Sozialpolitik Nr. 14), Hannover 1985.

chen aktiv geworden, hauptsächlich die Außenseiterparteien und jetzt kommt die Gewerkschaft auch, aber immer erst, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist.“

„Ich bin noch Mitglied der Gewerkschaft IG Metall und zahle jeden Monat meinen Arbeitslosenbeitrag ... Einmal war ich bei denen, als über die Situation bei der Hanomag gesprochen wurde, aber sonst bin ich nicht hingegangen.“

„Ja, ich dachte auch, daß die Gewerkschaften sich mehr um uns Arbeitslose kümmern würden, weil die ja eigentlich von Arbeitern für Arbeiter gemacht sind. Ich würde mir schon wünschen, daß die sich ein wenig mehr engagieren.“

Konkrete Kontakte zu Gewerkschaften während der Arbeitslosigkeit schmolzen zusammen auf die Konsultation von Rechtsberatungsstellen. Überwiegend waren diese jedoch unmittelbar nach Verlust des Arbeitsplatzes - also zu Beginn der Arbeitslosigkeit - aufgesucht worden. Ein interviewter arbeitsloser Lehrer arbeitete in einer Arbeitslosengruppe der GEW mit.

#### Austritte aus der Gewerkschaft

Von den 15,4 Prozent, die als Arbeitslose aus der Gewerkschaft ausgetreten sind, gaben als Gründe dafür an (Mehrfachnennung möglich):

Verärgerung über die Gewerkschaften	58,3 Prozent
Arbeitslosigkeit	41,7 Prozent
sonstige Gründe	8,3 Prozent

Hinter dem Grund „Verärgerung“ verbirgt sich - was in dem bereits wiedergegebenen Zitat deutlich wurde -, daß die Erwartung an Gewerkschaften von seiten der arbeitslos Gewordenen sehr groß (zu groß?) war, jedoch konkrete Hilfen nicht erfolgten. Konsequenz war eine Desillusionierung, die in den Interviews oft mit großer Emotionalität geäußert wurde.

„Arbeitslosigkeit“ als Grund für ein Ausscheiden aus den Gewerkschaften bedeutete fast immer, daß Beiträge nicht mehr gezahlt wurden beziehungsweise gezahlt werden konnten. Dafür stehen folgende Interviewpassagen:

„Zu Beginn der Arbeitslosigkeit bin ich aus der Gewerkschaft ausgetreten - aus finanziellen Gründen, ich mußte halt alles zusammenstreichen.“

„Soll ich von meiner Sozialhilfe etwa noch Gewerkschaftsbeiträge zahlen? Deshalb bin ich da ausgetreten.“

„Nachdem ich keine Zahlungen mehr vom Arbeitsamt erhalten hatte, habe ich auch keine Beiträge mehr abgeführt. Wahrscheinlich bin ich da gestrichen.“

Der finanzielle Aspekt bei der Auflösung einer Gewerkschaftsmitgliedschaft ist also nicht unterzubewerten, denn bei einem monatlichen Durchschnittsbetrag des Arbeitslosengeldes von 896 DM und der Arbeitslosenhilfe von 766 DM (im Oktober 1984)<sup>5</sup> kommt es auch auf Beträge an, die aus der Sicht von Beschäftigten geringfügig erscheinen mögen.

#### Arbeitsloseninitiativen

In den Arbeitsloseninitiativen organisiert sich nur eine verschwindende Minderheit der Arbeitslosen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung spricht von ei-

<sup>5</sup> Vgl. ANBA 3/1985, S. 196 f. - Hinzu kommt, daß Ende Oktober 1984 nur noch 57,7% der registrierten Arbeitslosen Leistungen vom Arbeitsamt erhielten (a. a. O., S. 193). Vgl. dazu die Diskussion um die „Neue Armut“ (Werner Balsen u. a.: Die neue Armut. Ausgrenzung von Arbeitslosen aus der Arbeitslosenunterstützung, Köln 1984).

nem Prozent der längerfristig Arbeitslosen, die in einer Initiative zum Zeitpunkt der Befragung mitarbeiteten.<sup>6</sup> Statistisch gesehen könnten Arbeitsloseninitiativen als „Sprachrohr von Arbeitslosen“ daher vernachlässigt werden. Auch sind die bestehenden Initiativen von einer extrem hohen Fluktuation gekennzeichnet, die eine kontinuierliche Arbeit sehr erschwert.<sup>7</sup> Trotz dieser Einschränkungen muß der Existenz von Arbeitsloseninitiativen ein hoher sozialer, aber auch politischer Stellenwert eingeräumt werden. Hier unterstützen sich Arbeitslose gegenseitig bei der Überwindung sozialer Isolation und im Umgang mit dem Sozialstaat. Gleichzeitig werden Stimmungen in den Gruppen überwiegend längerfristig Arbeitsloser gebündelt, zu denen weder Parteien noch Gewerkschaften einen nennenswerten Kontakt besitzen.

Nach großen bundesweiten Aktivitäten in der „Gründerzeit“ der Arbeitsloseninitiativen Ende der siebziger Jahre/Anfang der achtziger Jahre (Arbeitslosenkongreß, Marsch auf Bonn, Versuche zur Gründung einer „Arbeitslosengewerkschaft“) sind inzwischen Orientierungen auf die lokale Ebene vorherrschend (Nulltarif, Info-Bretter im Arbeits- und Sozialamt, kommunale Förderung von Arbeitslosentreffs usw.). Überwiegend in der „Gründerzeit“ eindeutig der Anteil von Arbeitsloseninitiativen mit kirchlicher Unterstützung, so hat sich das Spektrum inzwischen wesentlich ausgeweitet. Die Mehrzahl der Initiativen ist heute autonom organisiert — mit einer lockeren Form der örtlichen und überörtlichen Koordinierung.<sup>8</sup>

Das Organisationsverständnis der Arbeitsloseninitiativen ähnelt sehr dem der Bürgerinitiativen. Relevante Strömungen, die ausdrücklich gegen die Gewerkschaften und für den Aufbau einer eigenen Arbeitslosengewerkschaft sind, gibt es momentan nicht mehr. In den Publikationen der Initiativen hat anlässlich der Streiks um Arbeitszeitverkürzung im letzten Jahr eine starke Unterstützung der Forderung nach einer 35-Stunden-Woche vorgeherrscht. Auch in der Abwehr konservativer Sozialspartpolitik besteht weitgehende Übereinstimmung mit gewerkschaftlichen Positionen. Die wichtigsten Forderungen aus den Arbeitsloseninitiativen zielen dabei auf eine Abwehr der „neuen Armut“ (z. B. auf Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, Mindestarbeitslosenhilfe oberhalb des Sozialhilfesatzes, Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung bei der Arbeitslosenhilfe).

#### Politische Perspektiven

Diese politisch-inhaltliche Orientierung sollte es Gewerkschaften ermöglichen, den Kontakt zu Arbeitsloseninitiativen zu suchen. Dabei ist auf Seiten der dort organisierten Arbeitslosen - wie unsere Untersuchungsergebnisse zeigen - von einer größeren Bereitschaft, mit und in Gewerkschaften zu arbeiten, auszugehen, als zunächst geäußerte skeptische Einschätzungen erwarten ließen: Die Skepsis langfristiger Arbeitsloser, die dennoch politisch und sozial aktiv sind, gegenüber Gewerkschaften resultiert nicht zuletzt aus großen Erwartungen, die sie als nicht erfüllt ansehen. Andererseits sind oder waren diese Arbeitslosen mehrheitlich gewerkschaftlich organisiert und z. T. sogar betrieblich und/oder gewerkschaftlich aktiv - was bedeutet, daß innergewerkschaftliche Schwierigkeiten, sich den Anforderungen Arbeitsloser angemessen zu stellen (z. B. Organisation der Mitglieder nach Branchen-[Betriebs-]Zugehörigkeit), auch vermittelbar sein könnten.

Angesichts der Tatsache, daß Arbeitslosigkeit kein Randgruppenschicksal mehr ist, Arbeitslose aber dennoch „ausgegrenzt“ werden, wäre es für die gesellschaftliche Ent-

<sup>6</sup> Vgl. Brinkmann, a. a. O., S. 468.

<sup>7</sup> Vgl. Ernst von Kardorff/Elmer Koenen: Zur gesellschaftlichen Rolle von Initiativen im Arbeitslosenbereich, in: Kieselbach, T./Wacker, A. (Hrsg.): Individuelle und gesellschaftliche Kosten der Massenarbeitslosigkeit. Psychologische Theorie und Praxis. Weinheim/Basel 1985, S. 305.

<sup>8</sup> Vgl. Heinelt/Macke, Arbeitsloseninitiativen und Arbeitslosenzentren.

wicklung fatal, wenn Gewerkschaften das politische Handlungspotential Arbeitsloser ignorieren würden. Möglichkeiten, dieses Potential aufzugreifen und (weiter) zu entwickeln, gibt es insbesondere auf lokaler Ebene, wo Arbeitsloseninitiativen aktuell politisch agieren und wo organisatorische Strukturen entwickelt werden könnten, die Arbeitslosen unmittelbar Hilfe leisten würden.

Nach allen Erfahrungen, die inzwischen über erfolgreiche und gescheiterte Kooperationsversuche zwischen Gewerkschaften und Arbeitsloseninitiativen vorliegen<sup>9</sup>, und unter Berücksichtigung der in den letzten Jahren zugenommenen Verschlechterung der sozialen Lage vieler Arbeitsloser, sind realistische Formen einer Zusammenarbeit nur in kleinen Schritten erreichbar<sup>10</sup>. Wie dies aussehen könnte, wird in einem Grundsatzzpapier des Arbeitslosenzentrums in Dortmund formuliert:

„Die große Mehrheit unter den Arbeitslosen ist mißtrauisch und skeptisch gegenüber den Organen der Interessenvertretung, gegenüber Parteien und Wohlfahrtsverbänden. Groß ist die Befürchtung, nur politisch vereinnahmt und für fremde Ziele eingespannt zu werden, groß die Verbitterung über die Erfahrung, in der Vergangenheit viel Vertrauen in Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und andere Organisationen gesetzt zu haben - letztlich aber doch arbeitslos zu sein und in der Arbeitslosigkeit wenig praktische Hilfe im Lebensalltag zu erfahren.

Deshalb muß geprüft werden, ob es nicht Felder der Zusammenarbeit gibt, wo für die Arbeitslosen (insbesondere die weniger politisch motivierten) praktischer und unmittelbarer Nutzen erkennbar wird. Hier ist auch die Frage anzusiedeln, ob und an welchen Stellen sich die Verbände in die Arbeit der Arbeitslosengruppen einmischen sollen.

Der Schauplatz, wo diese unmittelbar praktische Hilfeleistung dringend erforderlich ist und wo sie anschaulichen Charakter erhalten kann, ist die Arbeit der Initiativen vor Ort. Immer wieder gibt es Auseinandersetzungen mit Ämtern, mit wirtschaftlichen, sozialen Kontroll- und Verwaltungsorganen; immer wieder geraten Arbeitslose in die Situation, trotz der Unterstützung durch die Initiativen der Willkür und den Arbeitsmängeln von Behörden relativ hilflos gegenüberzustehen. Hilflos nicht zuletzt aufgrund mangelnder politischer Einflußmöglichkeiten gegenüber Verwaltungsmängeln und sozialer Ungerechtigkeit.

Wo solche Mißstände sichtbar werden, wäre projektbezogenes und/oder einzelfallbezogenes persönliches Engagement von Vertretern der Gewerkschaften auf Ortsebene von großer Bedeutung. Warum können sich solche Personen nicht als ‚Paten‘ oder ‚Ombudsleute‘ zur Verfügung stellen, die in einzelnen Konfliktfällen ihren persönlichen und politischen Einfluß für schnelle, unbürokratische Lösungen geltend machen und sich gleichzeitig auf den entsprechenden politisch-institutionellen Wegen dafür einsetzen, daß bekannt gewordene Mißstände beseitigt werden? Dieses Engagement schließt allerdings die Handlungskonsequenz mit ein, sich u. U. auch kritisch zur Praxis der eigenen Organisationen (z. B. in Selbstverwaltungsgremien) stellen zu müssen! Wenn verhindert werden soll, daß öffentlichkeitswirksame Aktionen der Arbeitslosengruppen aufgrund geringer Resonanz zu Rückzug und Resignation bei den Arbeitslosen führen, dann müssen die Gewerkschaften die Betroffenen in ihrem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit miteinbeziehen; dann dürfen diese großen Organisationen sich

<sup>9</sup> Vgl. Heinelt/Macke: Arbeitsloseninitiativen und Arbeitslosenzentren; FR, 31.12.1984 („Arbeitslose fühlen sich im Stich gelassen“); „DGB-Umgekippt“, in ESTFO-Briefe. Informationen und Kommentare von Arbeitslosen für Arbeitslose 3/1984 (München), S. 26 ff.

<sup>10</sup> Politisch auf Arbeitslosenquoten „irgendwo zwischen 10 und 20%“ zu setzen, wie dies etwa Hondrick/Behrens in ihrem Aufsatz „Sozio-psychologische Mechanismen zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit“ (in: Wirtschaftsdienst 1982/n, S. 69) ins Gespräch gebracht haben, kann keine aus gewerkschaftlicher Sicht akzeptable Lösung sein.

nicht auf Solidaritätserklärungen beschränken, sondern sie müssen mit ihren Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit, mit ihren finanziellen und organisatorischen Kapazitäten und vor allem mit ihren Mitgliedern an der Seite der Arbeitslosen stehen.“

Zusammengefaßt: Die in der öffentlichen Diskussion viel zitierte Distanz Arbeitsloser zu den Gewerkschaften findet in dieser Allgemeinheit durch unsere Erhebungen keine Bestätigung. Vielmehr gilt es, auch bei der Diskussion über die Einstellungen Arbeitsloser gegenüber den Gewerkschaften der von Wacker geforderten „differenzierten Arbeitslosenforschung“<sup>11</sup> zu entsprechen. Für generalisierende Aussagen über die Gewerkschaftsnähe oder -ferne Arbeitsloser lassen sich keine empirischen Befunde zitieren. Nach unseren Erhebungen werden von einer Mehrzahl der interviewten Arbeitslosen sehr hohe Erwartungen an eine gewerkschaftliche Vertretung auch ihrer Interessen gestellt, die die Möglichkeiten der Gewerkschaften z. T. überschreiten. Zwischen den in der Mehrzahl der Arbeitsloseninitiativen aufgestellten sozialpolitischen Forderungen und den entsprechenden Vorstellungen der Gewerkschaften existieren eine Reihe grundsätzlicher Übereinstimmungen, die auch in konkreten Formen der Zusammenarbeit ihren organisatorischen Ausdruck finden könnten.

Dr. Hubert Heineit/Carl-Wilhelm Macke,  
Inst. f. Polit. Wissenschaft, Universität Hannover

---

<sup>11</sup> Vgl. Wacker, Ali: Ansätze, Probleme und Perspektiven der psychologischen Arbeitslosenforschung, in: Kieselbach, T./Wacker, A., a. a. O., S. 23 ff.